

Bericht über Gespräch von MdB Christine Lambrecht mit den Mitgliedern von MetropolSolar, Hans-Peter Dieter und Martin Beickler am 28.02.2017

Die Mitglieder von MetropolSolar tragen folgende Punkte vor:

1. Industriebefreiungen von der EEG-Umlage:

- Am Beispiel der Zement-, Aluminium- und Bergbauindustrie wurde deutlich, dass viele der befreiten Firmen nicht im internationalen Wettbewerb gefährdet sind.
- Das starke Absinken der Strompreise an der Strombörse bringt diesen Unternehmen weitere Kostensenkungen, erzeugt bei den nicht privilegierten und den privaten Stromkunden aber eine Erhöhung der EEG-Umlagen.
- Mit DSM-Maßnahmen (Bereitstellung von positiver und negativer Regelleistung) verdienen die befreiten Firmen zusätzlich Geld. Sie leisten damit jedoch einen gesellschaftlich wichtigen Beitrag zur Netzstabilisierung.
- Mit einer schrittweisen Reduzierung ihrer Rabatte kann die Bereitschaft für solche Maßnahmen erhöht werden. Bei geschickter Abstufung lassen sich die Einbußen bei den Rabatten durch Einnahmen mit DSM ausgleichen.
- Befreiungen sollten an Auflagen zum Energiesparen gebunden sein.
- Die EEG-Umlage für nicht Privilegierte lässt sich zudem durch Auffüllen des EEG-Umlage-Topfes mit Steuermitteln (z.B. CO₂-Steuer) abmildern.
- Frau Lambrecht sagt erneut zu, die Höhe der jährlichen Befreiung zu beziffern. (In einem Artikel der FR wird von 5 Milliarden Euro gesprochen)

2. CO₂-Einsparziel von 40% bis zum Jahr 2020:

- Zurzeit sind erst 27% erreicht, in den verbleibenden 3 Jahren sind evtl. noch 32% möglich.
- Die BRD verfehlt somit ihre im Pariser Klimaabkommen zugesagten Klimaziele. Das ist besonders bedenklich, da die USA in Zukunft ihre Zusagen aufkündigen will.
- Die Gründe für das Verfehlen sind in den Bereichen Kohleverstromung, Verkehr, Landwirtschaft und Gebäudesanierung zu suchen.
- Bedauerlich ist deshalb das Abbremsen des PV-Zubaus auf weniger als ein Fünftel durch das neue EEG (Selbst der im Gesetz angepeilte Korridor wird um die Hälfte verfehlt). Das Gleiche könnte sich nun auch bei der Windenergie wiederholen.

3. Was sagt man zu Bürgern, die Erneuerbare Energien ablehnen?

PV: Überprüfung der Industrieausnahmen bei der EEG-Umlage nach Umfang und Höhe und Änderung des Wälzungsmechanismus (s. Punkt 1) werden zu einem niedrigeren Strompreis führen.

Wind: Pariser Klimavertrag bedeutet für uns wegen der notwendigen Sektorenkopplung eine Verzehnfachung der bisherigen Erneuerbaren Energien, somit zehnmals so viele Windkraftanlagen. Diese müssen bei uns auf die Höhen. Somit fordern wir die Solidarität der betroffenen Bürger ein, die bisher ihren Strom aus Kohle- und Atomkraftwerken an Flüssen erhielten. Zum Ausgleich können sie sich finanziell an „ihren Anlagen“ beteiligen und eine Verzinsung ihres Geldes erzielen.

Frau Lambrecht regt gegenüber Hans-Peter Dieter und Martin Beickler an, Energiefachleute aus ihrer Region bei der Erarbeitung des Wahlprogramms der SPD zur Bundestagswahl im Herbst zu beteiligen.

**Nachtrag vom 1. Juli 2017 zu den Gesprächen
von Mitgliedern von MetropolSolar Rhein-Neckar mit Christine Lambrecht, MdB**

Es gab in der Folge leider - anders als vereinbart - keine weiteren Kontakte oder Gespräche über die Klima- und Energiepolitik der SPD und der Bundesregierung zwischen uns und Frau Lambrecht. Leider mussten wir feststellen, dass bis Ende Juni 2017 keine der von Christine Lambrecht gemachten Zusagen (siehe ausführliche Gesprächsdokumentation) eingehalten wurden, obwohl sie mehrfach daran erinnert wurde und unsererseits alle Zusagen erfüllt wurden. Wir betrachten die Zusammenarbeit mit Christine Lambrecht zu diesem Thema daher als beendet und haben das auch so mitgeteilt.

Martin Beickler, Mitglied bei MetropolSolar Rhein-Neckar

Hans-Peter Dieter, Mitglied bei MetropolSolar Rhein-Neckar